

In den

- Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
- Ausschuss für Integration Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
- Kulturausschuss
- Sozialausschuss
- Personal- Organisations- und Digitalisierungsausschuss
- Schul- und Bildungsausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Ausschuss für Umweltschutz Klimaschutz und Grünflächen
- Gleichstellungsausschuss
- Verwaltungsausschuss
- Ausschuss für Haushalt Finanzen Rechnungsprüfung
Feuerwehr und öffentliche Ordnung
- Ratsversammlung
- Ausschuss für Sport Bäder und Eventmanagement

☎ 0511 – 168 326 00

☎ 0511 – 168 326 08

linksfraktion@hannover-rat.de
www.linksfraktion-hannover.de

Hannover, 16.11.2022

Änderungsantrag gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zu Drucks. Nr. 2661/2022: Haushaltssicherungskonzept 2023 – 2026 (HSK XI)

Den multiplen Krisen zum Trotz: Hannover bleibt lebens- und liebenswert. Das Gebot der Stunde: Belastungen gerecht verteilen!

Antrag:

1.
 - a. Die Anhebung der Grundsteuer B erfolgt maßvoll um 50 statt um 100 Punkte.

Gegenüber den Planungen der Kämmerei würde diese Änderung 12.500 TSD EUR erbringen und den Plan der Verwaltung um **12.500 TSD EUR** unterschreiten.
 - b. Die Gewerbesteuer wird auf 490 Punkte erhöht
Legt man die von der Verwaltung für 2024 prognostizierten Gewerbesteuereinnahmen von 735.000 TSD EUR zugrunde, würde diese Maßnahme eine Einnahmengenerierung von **15.000 TSD EUR** bewirken.

Die Addition von 1. a. und 1. b.
ergibt **27.500 TSD EUR.**
2. Die Anzahl und die finanzielle und zuarbeitstechnische Ausstattung der Stadtbezirksräte wird nicht angetastet.
3. Der Passus „...neue Konzeptionen mit Reduzierung der Anzahl an Gebäuden und Einrichtungen, z.B. bei Freizeitheimen und Jugendzentren (andere Konzepte, mobiler, Abbau Sanierungsstau durch Aufgabe maroder Standorte usw.)“ wird aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept gestrichen.

Zusätzliche Erträge werden insbesondere durch eine deutliche Forcierung der Einnahmengenerierung aus Leistungserbringung der LHH, die das Konnexitätsprinzip berühren, generiert.

Begründung:

Generell kann bezweifelt werden, ob das Aufpfropfen eines weiteren Haushaltssicherungskonzepts auf ein bestehendes zielführend oder sinnstiftend ist. Dennoch ist eine Haushaltskonsolidierung, welche auch vor einer Einnahmesteigerung, statt eines vollständigen Kahlschlages von freiwilligen Leistungen der Kommunen vorsieht, ein nachvollziehbarer Ansatz.

1.

- a. Die Grundsteuer gilt als verlässlichste, weil krisen- und konjunkturabhängige, Einnahmequelle der Kommunen und ist daher aus Sicht der Kämmerei besonders interessant.

Wir verurteilen die Konsolidierung der Finanzen der Kommune auf der Einnahmeseite keineswegs. Dennoch kommen wir nicht darum herum festzustellen, das sich in Zeiten von Inflation, einer nahezu ungehemmten Explosion der Energiepreise, welche durch eine ungebrochene Miet- und Immobilienpreisentwicklung flankiert wird, eine Erhöhung der Grundsteuer als äußerst belastend für die Bevölkerung darstellt.

Die Landeshauptstadt Hannover kann kein Interesse daran haben, Gering und Normalverdiener*innen aus dem Stadtgebiet zu treiben. Das Leben in der Stadt muss bezahlbar bleiben. Dieses auch aus klimapolitischen Gründen. Wer Menschen dazu zwingt, Wohn- und Arbeitsort räumlich auseinanderzureißen, ist klimapolitisch bestenfalls ein Hasardeur. Sozialpolitisch aber völlig blind.

- b. Mit einem Hebesatz von 480 Punkten ist die Landeshauptstadt Hannover in Niedersachsen derzeit mit den Städten Seelze und Laatzen Spitzenreiterin.

Damit wird auch dokumentiert, dass die Landeshauptstadt Hannover die Position der Leitkommune bei der Erhebung der Gewerbesteuer einnimmt. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer zur Einnahme/Ausgaben Konsolidierung wird nicht nur für positive Effekte für den Haushalt der LHH sorgen, sondern auch den Umlandkommunen in der Region Hannover die Möglichkeit geben, ihrerseits den willkürlich eingezogenen Deckel des Gewerbesteuerhöchsthebesatzes in Niedersachsen und in der Region Hannover im Besonderen zu durchbrechen. Damit leistet die Landeshauptstadt Hannover einen solidarischen Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte der Umlandkommunen und kann sich weiterhin als soziokulturelle Schwerkräftenke in der Region profilieren.

2. Kosteneinsparungen im Bereich gelebter institutionalisierter politischer Partizipation wie in den Stadtbezirksräten sind fehlgeleitet. Die Landeshauptstadt Hannover wäre eine andere Stadt, würde die Verwaltung nicht ständig aus den Stadtbezirksräten wertvolle Hinweise und Aufträge erhalten die das Leben in dieser Stadt immer aufs neue bereichert und die Kommune stets aufs Neue an die Bedürfnisse ihrer Einwohner*innen anpasst.
3. Die Angebotsausdünnung von Freizeitheimen und Jugend- und Kulturangeboten ist kontraproduktiv. Jedes Angebot das hier aus Spargründen abgebaut wird, wird sich nicht

einfach wiederaufbauen lassen. Vor dem Hintergrund einer sich im permanenten Wandel befindenden Stadt sollten klügere Beweggründe als das Sparen um des sparen Willens Grundlage der Entscheidungsfindung sein.

Dirk Machentanz
Fraktionsvorsitzender